

zu einem Zusammenwirken, aus dem sich in der offensichtlich gewordenen Schwäche der SED die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien ergeben hätte, die sich jetzt wieder ihrer ursprünglichen Selbständigkeit hätten bewußt werden können. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Von geringen Ausnahmen abgesehen gingen von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften aus, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war das Monopol der SED, daneben wurde er nur auf kirchlicher Ebene geführt.

- 10) In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der Gründerzeit gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut liegengeblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte aber keine entscheidende Rolle gespielt.

Es bleibt eine offene Frage, ob das Fortbestehen der bürgerlichen Parteien nach ihrer Gleichschaltung trotz aller Anpassung an das SED-Regime als richtig einzuschätzen ist oder ob diese Parteien richtig gehandelt hätten, wenn sie es auf eine totale Konfrontation mit dem Risiko des Verbots hätten ankommen lassen sollen.

3. *Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD*

Im Vorfeld der Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zur Thematik „Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992 führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder Gespräche mit dem oben genannten Personenkreis, die er zusammengefaßt für geeignet erachtet, dem Protokoll der Anhörung als Anlage anzufügen. Die vorliegende Niederschrift orientiert sich an einem Aufsatz eines ehemals beim Zentralverband beschäftigten Mitarbeiters.

Die Liberaldemokratische Partei Deutschland in der SBZ bzw. DDR

I.

Die am 5. Juli 1945 in Berlin gegründete LDP erhob klassische liberale Vorstellungen und Forderungen zu ihren programmatischen Leitsätzen:

- Privateigentum und freie Wirtschaft.
- Demokratischer Rechtsstaat, unabhängige Richter, Berufsbeamtentum.
- Parlamentarische Demokratie und politischer Pluralismus.
- Uneingeschränkte politische Freiheiten.
- Trennung von Staat und Kirche.
- Auf Frieden gerichtete Außenpolitik.
- Achtung der Würde des Menschen, Ablehnung des Rassengedankens und des Klassenkampfes.

Im Unterschied zur CDU (und auch der SPD, ganz zu schweigen von der KPD) Zurückhaltung hinsichtlich der Abrechnung mit der Vergangenheit:

- Keine Frontstellung gegen „Monopole“ (die Enteignungen eingeschlossen hätte)
- Keine „antikapitalistischen“ Töne (wie SPD und auch CDU)
- Zwar „Neugestaltung des Gemeinschaftslebens“, aber auf demokratischem Wege und auf rechtsstaatlicher Grundlage.

Entscheidungen sollten einer deutschen Volksvertretung obliegen, die aus freien Wahlen hervorgegangen sein mußte.

Die LDP signalisierte: Keine revolutionäre Weichenstellung, auch nicht unter antifaschistischem Vorzeichen (wie sie KPD und SPD ankündigten), schon gar nicht „Neugestaltung“ nur in der sowjetischen Besatzungszone.

Für die LDP bestand 1945 die potentielle Gefahr, sich in Widerspruch zu allen vier Besatzungsmächten zu setzen, die mit den Potsdamer Beschlüssen ihrer Absicht Ausdruck gegeben hatten, kraft ihres Rechts als Sieger unabhängig vom Willen des deutschen Volkes (artikuliert in Wahlen, die im Sommer 1945 für unabsehbare Zeit ausgeschlossen schienen) die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland zu gestalten.

Die LDP ging davon aus, daß es notwendig sei, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Zusammenarbeit zur Behebung der Kriegsfolgen und der Notsituation war in allen vier Besatzungszonen die Regel (Stadtverwaltungen und Landesbehörden unter Einbeziehung von Kommunisten).

Die konkrete Situation in der Sowjetischen Besatzungszone ließen der LDP keine Alternative als die Beteiligung an der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Block):

- Der Druck, der von der Besatzungsmacht favorisierten KPD,

- die Position der SPD (die „Koalitionspolitik“ zum Zwecke der Realisierung parlamentarischer und rechtsstaatlicher Ordnungsprinzipien ausschloß),
- der „Antinazismus“ der CDU-Führung im Osten.

Entscheidend aber war die SMAD. Sie machte die Zulassung der LDP von der Zustimmung zum Block abhängig und sie registrierte LDP-Ortsverbände (Ortsverbände mußten in jedem Einzelfall von der zuständigen sowjetischen Kommandantur genehmigt werden) nur dann, wenn sie mit der Registrierung die Arbeit im Blockausschuß aufnahmen!

Die LDP zeigte sich nicht der KPD gefügig (wie sich Wolfgang Leonhard erinnert); sie beugte sich der Besatzungsmacht, weil von ihr der Wirkungsraum der Partei abhing.

In Betracht zu ziehen ist, daß sich die KPD zu einer antifaschistischen Demokratie auf parlamentarischer Grundlage bekannte und die freie Wirtschaft nicht abschaffen wollte.

Im Herbst 1945 eingeleitete Enteignungsmaßnahmen (Bodenreform) fanden die Unterstützung der SPD, schienen den Potsdamer Beschlüssen zu entsprechen, jedenfalls wurden sie von den drei Westmächten ohne für die LDP erkennbaren Widerspruch hingenommen, und waren begleitet von massiven Drohungen der SMAD.

Protest wie der des LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch gegen die Rigorosität der Bodenreform Herbst 1945 erwies sich als wirkungslos. Weder beeinflusste er die SMAD, noch beeindruckte er die westlichen Besatzungsmächte. Deutsche Parteien im Westen nahmen Kochs Argumentation, Enteignungen dürften nur im Rahmen einer „Reichsreform“ vollzogen werden, nicht zur Kenntnis.

II.

Mit dem Offenkundigwerden der volksdemokratischen Ziele der SMAD und SED entwickelte die LDP eine Verzögerungsstrategie:

- Festhalten an liberalen Grundsätzen (2. Parteitag 1947 und insbesondere Eisenacher Programm 1949 sowie Landesparteitage 1945/47).
- Bemühungen, die Politik der SED zu entschärfen (u. a. Ringen um die Länderverfassungen; Eingrenzung der Enteignungsaktionen, d. h. der Schutz von Mittelstand und Handwerk).
- Versuche, Opposition in Landtagen und kommunalen Körperschaften zu machen.

Widerstand bedeutete in Anbetracht der konkreten Machtverhältnisse Widerstand gegen die SMAD. Das hielt die LDP-Führung für ausgeschlossen (Verbot der Kommunalwahlen 1948, Verbot ihres 3. Parteitages im Sommer 1948, Ausschaltung von LDP-Politikern in Ländern und Kommunen).

Die einzige Chance erblickte die LDP in der Einheit Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage. Sie hing ab von den Vier Mächten. Als Verantwortung deutscher Politik begriff die LDP, den Willen der Deutschen zur Einheit zu artikulieren und insofern auf die Vier Mächte einzuwirken. Je mehr sich der Kalte Krieg verschärfte, desto illusionärer wurde diese Position. Trotzdem hielt man daran fest. Sie erklärt

- Initiativen im Umfeld von Vier-Mächte-Konferenzen (z. B. 1947 im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz);
- Bemühungen, deutsche Parteien in allen Besatzungszonen in dieser Frage zusammenzuführen;
- Beteiligung an der Volkskongreßbewegung 1947/48.

Kristallisationspunkt sollte eine gesamtdeutsche liberale Partei bilden und zudem bei gesamtdeutschen Wahlen eine linksorientierte Mehrheit verhindern. Da Moskau aus seinen Gründen „Einheitserhaltungspolitik“ trieb, begleitete die SMAD die Bemühungen der LDP wohlwollend, sofern sie sowjetische Zielsetzungen unterstützte, außerordentlich mißtrauisch hingegen, was die gesamtdeutschen Parteiambitionen betraf.

III.

Nach Gründung der Bundesrepublik hielt die LDP-Führung die Konstituierung eines ostdeutschen Staates für unvermeidlich. Die LDP stellte sich dem Führungsanspruch der SED entgegen, indem sie

- sich als Verfassungspartei zu profilieren suchte (die DDR-Verfassung war in wesentlichen Punkten an der Verfassung der Weimarer Republik orientiert);
- sich als die Wiedervereinigungspartei darstellte und
- sich als die Partei für die Neutralität der beiden deutschen Staaten darum bemühte, die Ostbindung der DDR in Grenzen zu halten.

Diese Strategie beruhte auf Voraussetzungen, die es so nicht gab, nämlich

- auf der Erwartung, bei Wahlen in der DDR Ergebnisse zu erzielen, die Politik ohne oder gegen die LDP unmöglich machen würden;
- auf der Überzeugung, die Mehrheit der Deutschen würde für die sofortige Wiedervereinigung votieren, wenn sie Gelegenheit dazu erhielten;
- auf der Annahme, in Moskau gebe es Kräfte, die die DDR als „Spielmaterial“ in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzen und daher die LDP als potentiellen Faktor gegen die SED in der Rückhand behalten wollten.

Die Strategie brach im Zusammenhang mit den Einheitslistenwahlen 1950 völlig zusammen. Die LDP-Führung beugte sich dem Druck der SED:

Ihr oppositioneller Kern war bis dahin zerschlagen (u. a. Widerstandskreis

um Arno Esch). Kastner und Generalsekretär Stempel (als die wichtigsten Vertreter der LDP-Strategie) waren ausgeschaltet bzw. verhaftet. Die Hoffnung auf sowjetische Kreise erwies sich als Illusion.

Mit Herbert Täschner, dem Nachfolger Stempels im Amt des Generalsekretärs, hatte die SED eine Vertrauensperson in der engeren Führung der LDP. Hamann vermochte sich gegen Täschner und Loch, der auf den Kurs der SED eingeschwenkt war, nicht durchzusetzen.

Hamann war bemüht, das Schlimmste (die gänzliche Ausschaltung der Partei) zu verhüten bzw. solange wie möglich hinauszuschieben; ohne daß die Absicht so deutlich je formuliert wurde, ging das Bestreben von Hamann (unterstützt von Ralph Liebler, Vorsitzender der Volkskammer-Fraktion) dahin, die LDP als „Zufluchtsstätte“ (Nische) zu erhalten.

Wie sehr der SED 1951/53 selbst eine solche Partei gegen den Strich ging, dokumentieren die Verhaftung Hamanns, die Isolierung Lieblers und die weitgehende Austrocknung der Partei durch massiven Druck und Verfolgung.

IV.

Kennzeichnend für die LDP im Sozialismus waren Anpassung („Verbündeter“ der SED) und vorsichtige Auseinandersetzung. Als politische Organisation brachte die LDP auch „politischen Eigensinn“ (Dr. Suckut, Mannheim) hervor, um einerseits ihrer Funktion im System gerecht zu werden (andernfalls wäre niemand Mitglied geworden) und andererseits Nische oder Zuflucht sein zu können.

Die LDP im Sozialismus verkörperte Zustimmung im Prinzipiellen und Widerspruch im Einzelfall. Die Anerkennung der führenden Rolle der SED war die unabdingbare Voraussetzung

- für weltanschauliche Ungebundenheit. Jeder konnte in der LDP nach seiner „Fasson selig“ werden, was angesichts der Dominanz des Marxismus/Leninismus für zahlreiche Mitglieder existentielle Bedeutung erlangte;
- für die Wahrnehmung konkreter Interessen der Mitglieder und Bevölkerungsgruppen.

Weltanschauliche Offenheit, Interessenvertretung und ein gewisses Maß an innerparteilicher Demokratie machten die LDP sowohl zur Nische als auch zum Medium kritischer Stimmen.

Im Oktober 1956 konstatierte ein interner SED-Bericht: „Breite Kreise der Mitglieder lehnen nach wie vor die führende Rolle der Arbeiterklasse ab . . . Die Forderung nach Listenwahlen tritt wieder stärker hervor.“ Gefordert werde ferner „Kontaktaufnahme mit der F.D.P.“, etwa 50 % der Liberaldemokraten „erhofften sich aus dieser Verbindung eine neue Orientierung der LDP“.

An anderer Stelle hieß es, die LDP gehe dazu über, „stärker Kritik an Maßnahmen des Staatsapparates zu üben“.

Der Bericht stellte abschließend fest: „Die Vorgänge in Polen und Ungarn haben die schwankende bzw. feindliche Haltung noch verstärkt.“

Politbüromitglied Matern wurde im April 1957 über „unklare bzw. feindliche Auffassungen in der LDP“ und von „einer falschen Linie der zentralen Parteileitung“ informiert, die darauf hinauslaufe, „die LDP unbedingt zahlenmäßig zu verstärken“.

Die Auswahl der Zitate aus SED-internen Einschätzungen ist repräsentativ für die Zeit von Anfang der 50er Jahre bis zur Wende 1989. Sie entlasten die LDP-Führung nicht von feigem Opportunismus, moralischem Versagen und politischer Schuld. Sie belegen auf besondere Weise

- das in der LDP organisierte SED-kritische Potential;
- die Unsinnigkeit der Behauptung, LDP-Mitglieder seien nicht nur „Blockflöten“ gewesen, sondern hätten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer „SED-nahen Organisation“ Privilegien genossen;
- daß, was einzelne Mitglieder und LDP-Verbände (Ortsgruppen, Arbeitskreise, Kreisvorstände usw.) angeht, unterschieden werden muß zwischen verbalen politischen Bekenntnissen und alltäglichem Verhalten;
- Bemühungen, „DDR-Legalität“ bis an ihre Grenzen auszureizen; das bezieht sich auf Gesetze und Vorschriften und noch mehr auf ungeschriebene politische Regeln und Verfahrensweisen;
- daß LDP-Mitglieder, um elementare Lebenserfordernisse sicherzustellen, in zahlreichen Gremien (u. a. in der Nationalen Front) mit der SED notwendigerweise zusammenzuarbeiten.

Die in der LDP stets vorhandene demokratische Grundstimmung gewann mit Gorbatschow allmählich reformpolitische Konturen und ließ die Partei im Herbst 1989 zu einem Wegbereiter der Wende werden.

gezeichnet: Dr. Schmieder

Bonn, 11.12.1992

4. *Hans-Hermann Hertle: Funktion und Bedeutung der Massenorganisationen in der DDR am Beispiel des FDGB (Manuskriptfassung)*

I.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – wie z. B. den FDGB, die FDJ, den DFD, die DSF, den DTSB, die Volkssolidarität, die GST u. a. –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen,